



BBU-Pressemitteilung
12.05.2020

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Umweltministerkonferenz 13. – 15. Mai 2020: BBU fordert ein Moratorium bei der Freigabe von radioaktiven Reststoffen

(Bonn, Berlin, 12.05.2020) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat Ende März einen Offenen Brief an die Umweltministerkonferenz (UMK) geschrieben. Gefordert wurde darin, das Thema "Freigabe von radioaktiven Stoffen" auf die Tagesordnung der Frühjahrstagung zu setzen. Der BBU wendet sich nachdrücklich gegen die aktuell praktizierte Verteilung von radioaktiv belasteten Abfällen in die Umwelt. Wie auch viele andere atomkritische Gruppen und Organisationen fordert der BBU ein Moratorium dieser Praxis und die Erarbeitung eines Konzepts zur langfristigen Aufbewahrung dieses Mülls.

Der BBU kritisiert, dass es bisher keine Reaktion auf den Brief an die Umweltministerkonferenz (UMK) gab. Die Konferenzen finden halbjährlich statt und die nächste ist aktuell für den 13. bis 15. Mai 2020 geplant. In einem Schreiben an die hessische Umweltministerin Priska Hinz hat der BBU am Dienstag (12.5.) daran erinnert, dass der Offene Brief des BBU bisher nicht beantwortet wurde und das Thema Freimessung noch nicht auf der Tagesordnung der UMK steht. Priska Hinz ist in diesem Jahr die Vorsitzende der Umweltministerkonferenz.

Große Mengen an radioaktiv belastetem Müll

Bei den radioaktiv belasteten Abfällen aus Atomanlagen geht es um große Mengen, die schon beim Betrieb, aber vor allem beim Abbau anfallen. Die Strahlenschutzverordnung regelt, wie viel Radioaktivität dieser Müll enthalten darf, damit er freigegeben, d. h. an die Umwelt abgegeben werden kann. Zwei bis drei Prozent davon werden auf Deponien oder

in Verbrennungsanlagen „beseitigt“, der größte Teil darf frei weiterverwertet werden. Besonders große Mengen fallen beim Abriss von Gebäuden an, wie aktuell beim Abriss der Kühltürme des AKW Philippsburg, der von EnBW für Mitte Mai angekündigt wurde.

Bundesweite Betroffenheit

An mindestens 40 Orten im Bundesgebiet wurden radioaktive Abfälle deponiert oder verbrannt, wie der BBU von den zuständigen Behörden in Erfahrung gebracht hat. Durch die freie Weiterverwertung ist jedoch damit zu rechnen, dass die enthaltenen radioaktiven Stoffe überall auftauchen können. Dies stellt eine Gefährdung der Bevölkerung dar, die unbedingt zu vermeiden ist. Deshalb fordert der BBU seit Jahren die Beendigung der Freigabe von radioaktiven Reststoffen.

Weitere Informationen dazu:

<https://bbu-online.de>, Direktlink:
<https://bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Deponietabelle%202018/Deponietabelle%202018-09.pdf>

<http://www.atommuellkonferenz.de/offener-brief-an-die-umweltministerinnen>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.